

## **Ergebnisprotokoll der 25. Sitzung des Frauenpolitischen Beirats vom 23.11.2010**

Teilnehmerinnen: siehe Anwesenheitsliste. Es fehlen bzw. sind entschuldigt: Fr. Lande-ro-Projektbereich Frauenzentren/Selbsthilfe; Fr. Stoll-Projektbereich Arbeitsmarkt; Netzwerk behinderter Frauen

Gäste: Frau Gynet Kleiner, HU Berlin (Mentee Fr. Hentschel)

Protokoll/Tagesordnung:

Es gibt keine Änderungswünsche zum Protokoll der Sitzung vom 14.9.2010 und zur Tages-ordnung der heutigen Sitzung.

### **TOP 1 Aktuelles**

1. Am 16.11.10 startete der **zweite Durchlauf der berlinweiten Kampagne zu häuslicher Gewalt mit der Ausstrahlung des Kinospots** in den Cineplex- und Off-Kinos (die erste Kampagne startete am 25.8.10 mit einem Kinospot sowie Großplakaten und Postkarten). Der Kinospot wird dabei nur vor Filmen gezeigt, die ab 12 Jahren freigegeben sind. Die BVG be-teiligt sich ebenfalls und zeigt im „**Berliner Fenster**“ der U-Bahn das Plakat in animierter Form.

Auch der **rbb** und **TV Berlin** unterstützen die Kampagne und strahlen den Kinospot während des Fernsehprogramms aus (verstärkt um den 25.11. herum); der Sendeplatz wird per Com-puter nach dem Zufallsprinzip ausgewählt.

Das Land **Mecklenburg-Vorpommern** hat die gesamte Kampagne übernommen (Kinospot für einen Monat, Plakatkampagne ab 1.1.2011).

Die Reaktionen auf die Kampagne sind durchweg sehr positiv.

2. Am 15.12.2010 veranstaltet Sen WTF im Umweltforum Berlin einen Fachtag zum Thema „**Gender in der Jugend- und Bildungsarbeit**“. Der Bereich der Jugend- und Bildungsarbeit zeichnete sich seit der Einführung von Gender Mainstreaming als zentrales Analyse- und Steuerungsinstrument durch ein hohes Problembewusstsein und eine große Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der Gleichstellung von Mädchen und Jungen aus. Die hierzu erfolg-ten Maßnahmen und Projekte bedürfen einer umfassenden Auswertung und Aufbereitung der Daten. Ziel ist es, gemeinsam mit Expertinnen und Experten einen Überblick zu ver-schaffen, welche Maßnahmen/Projekte umgesetzt wurden und zu analysieren, wodurch eini-ge Maßnahmen/Projekte erfolgreicher waren.

3. Anlässlich der Frauen-Fußball-WM in Deutschland ist im zweiten Quartal 2011 (18.5. oder 27.6.2011) eine Fachtagung zum Thema „**Gender und Sport**“ geplant (nähere Informationen folgen zu gegebener Zeit).

#### 4. Aktionen zum 25.11.2010:

- Am 25.11.10 um 11 Uhr zieht der LFR Berlin vor dem UCW (Unternehmerinnencentrum Berlin) die Aktionsfahne "Frei leben ohne Gewalt" auf.

- Das Bezirksamt Reinickendorf startet in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Frauenrat und der Schuldnerberatung eine Plakataktion zum Thema „Frauen und Bürgschaften“. Aus der Beratungsarbeit heraus zeigt sich, dass Bürgschaften ein häufiges und frauenspezifisches Problem sind. Frauen bürgen meist aus partnerschaftlichen Gründen, z.B. zur Finanzierung eines Autos, für die Wohnung oder die Selbständigkeit des Partners. Ist der Partner zahlungsunfähig oder insolvent, kommt die Bürgschaft zum Tragen, d.h. die Banken treten sofort an die Frauen heran, die nun zur Zahlung verpflichtet sind.

#### 5. Workplace Policy zum Thema: Häusliche Gewalt:

Workplace Policy ist ein Instrument zur Selbstverpflichtung von Unternehmen, sich vor allem intern gegen häusliche Gewalt zu positionieren und über das Thema aufzuklären. Die Unternehmen THE BODY SHOP und Barmer GEK setzen das Konzept bereits um. Zur Evaluation der Implementierung des Workplace Policy Konzeptes ist im Juni 2010 eine wissenschaftliche Studie veröffentlicht worden. Grundlage ist die statistische Auswertung von 513 Befragten aus den Bezirksamtern Charlottenburg-Wilmersdorf und Reinickendorf sowie aus den Unternehmen Barmer GEK und THE BODY SHOP. Hierbei ergibt sich eine Geschlechterverteilung von 78,6% Frauen und 21,4% Männern.

Die Ergebnisse zeigen: Workplace Policy hat einen hohen Bekanntheitsgrad und wird als Strategie bestätigt, niedrigschwellig in Unternehmen für das Thema häusliche Gewalt zu sensibilisieren. Die jüngste Altersgruppe der 17- bis unter 30jährigen steht der Workplace Policy am positivsten gegenüber. Ebenfalls festgestellt wurde, dass ein größerer Wissensstand zur Workplace Policy auch zu einer positiveren Bewertung der Maßnahmen führt.

Insgesamt sind 88,1% der Befragten der Meinung, dass häusliche Gewalt kein privates Problem ist und 30,1% der Frauen sowie 8,1% der Männer haben angegeben, in der Vergangenheit mindestens einmal von häuslicher Gewalt betroffen gewesen zu sein, von psychischer Gewalt betroffen waren 36,7% der Frauen und 19% der Männer.

Die wissenschaftliche Studie ist online abrufbar unter [http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-frauen/studie\\_wpp\\_10\\_06.pdf?start&ts=1286547223&file=studie\\_wpp\\_10\\_06.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-frauen/studie_wpp_10_06.pdf?start&ts=1286547223&file=studie_wpp_10_06.pdf).

Das **Bezirksamt Reinickendorf** hat sich im Rahmen einer Dienstvereinbarung („Nein zu Häuslicher Gewalt-Mut zum Gespräch am Arbeitsplatz“) gegen häusliche Gewalt positioniert. Ziel der Vereinbarung ist es, Beschäftigte im Bezirksamt Reinickendorf zu ermutigen, häusliche Gewalt aus der Tabuzone herauszuholen, anzusprechen und erhöhte Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen.

6. **S.I.G.N.A.L.:** Seit 2008 ist der Verein Träger des Bundesmodellprojektes „Medizinische Intervention gegen Gewalt (MIGG)“ in Berlin, mit dem Ziel, gemeinsam mit Arztpraxen Verfahren und Möglichkeiten zu entwickeln, das Interventionsprogramm in die niedergelassene Versorgung zu implementieren. Das Modellprojekt ist abgeschlossen und die Ergebnisse werden im Rahmen einer **Abschlussveranstaltung am 19.1.2011** präsentiert.

**TOP 2 Fortsetzung der Diskussion zum Thema „Weibliche Armut in Berlin“**

1. Leider hatten die Bemühungen, eine Sprecherin der Landesarmutskonferenz Berlin – Frau Prof. John oder Fr. Kahl-Passoth - als Referentin zur heutigen Sitzung einzuladen, aufgrund fehlender Kapazitäten keinen Erfolg.

**Der Beirat hat sich daher zum weiteren Vorgehen darauf verständigt, dass Frau Nehring-Venus sich um eine erneute Einladung einer Sprecherin der Landesarmutskonferenz Berlin zur kommenden Beiratssitzung am 22.2.2011 bemühen wird; unter Umständen könnte hierdurch eine Verschiebung des Sitzungstermins notwendig werden!**

Frau Lehnhardt berichtet kurz aus der Frauengruppe der Berliner Armutskonferenz: die jährlich stattfindende Konferenz der Sprecherinnen und Sprecher aus den Fachgruppen steht noch aus. Die Arbeit an der Bestandsaufnahme hat Fortschritte gemacht, die Hinweise aus der Gruppe der Frauenprojekte/Migrantinnen und die Zulieferung aus dem Bereich der behinderten Frauen wurden aufgenommen.

Ungeklärt ist auch die Frage, wie sich der Beirat bezüglich des Forderungskataloges (Vortrag von Frau Krämer vom 20.4.10) positioniert und wie in dieser Angelegenheit weiter verfahren werden soll.

2. Aufgrund der Zeitersparnis konnte noch ein weiteres Thema angesprochen werden: die Probleme im Zusammenhang mit dem Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (**ÖBS**):

Die aktuelle Weisungslage des Bundes führt dazu, dass der Beschäftigungszuschuss nach § 16e SGB II nur noch eingeschränkt für die Grundfinanzierung des ÖBS Berlin genutzt werden kann. Faktisch finanzieren die Jobcenter ÖBS-Stellen nicht mehr weiter; auch werden immer weniger MAE-Stellen finanziert (die hierzu durchgeführte Evaluation der Bundesagentur für Arbeit ergab, dass aus MAE heraus kaum eine Vermittlung in den 1. Arbeitsmarkt zustande kam). Das Instrument AGH in der Entgeltvariante wird kaum umgesetzt.

Die Beschäftigungsförderung wird heruntergefahren (mit der Begründung, es gäbe derzeit genügend Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt), lediglich die Bildungsförderung findet weiterhin statt.

Umfassende Informationen zum ÖBS sind online erhältlich unter: <http://www.oeps-berlin.de/index.php?id=04726d573718146f90450001a0a0a581&projectsgroup=1>

Der neue Förder- und Arbeitsschwerpunkt liegt auf dem BMAS finanzierten Modellprojekt **Bürgerarbeit** (Start am 15.7.2010); Ziel soll die Integration von Langzeitarbeitslosen in den 1. Arbeitsmarkt sein. Im Rahmen dieses Modellprojektes wird ein Bruttoentgelt von 1.900 € pro Stelle gefördert, allerdings sind alle Kosten, die durch die Stelle verursacht werden, ausschließlich vom Arbeitgeber zu finanzieren.

Eine Mitfinanzierung des Landes Berlins ist nicht beabsichtigt.

### ***TOP 3 Festlegung der Themen für das erste Halbjahr und Vorbereitung der kommenden Sitzung***

Sitzungstermine für 2011:

- Dienstag, 22. 2. 2011, 9 – 11 Uhr, Raum 230
- Donnerstag, 26. 5. 2011, 10 – 12 Uhr, Raum 396

Sitzungsthemen:

Geplante TO für die Sitzung am 22.2.2011:

- Die ÜPFI möchte im Beirat das Thema **Frauen im Strafvollzug** diskutieren und schlägt vor, diesen TOP in der ersten Sitzung in 2011 zu behandeln. Frau Wissel hat den Kontakt zu der bei der Senatsverwaltung für Justiz zuständigen Referentin, die das Modellprojekt Übergangsmanagement vorstellen würde (Einladung erfolgt über Sen WTF).
- Fortsetzung der Diskussion zum Thema **Weibliche Armut** mit einer Sprecherin der Landesarmutskonferenz Berlin (Einladung erfolgt über SenWTF)

Geplante TO für die Sitzung am 26.5.2011:

- Das **Netzwerk Frauengesundheit** stellt sich und die Arbeitsschwerpunkte vor.

Protokoll: Daniela Klaue-Kolodziejczok